

„Die stecken unter einer Decke mit den Deutschen“



Edward Snowden
über die grenzenlose Macht des
US-Geheimdienstes NSA



NSA-Rechenzentrum in Utah

Obamas Zwerge

Im Skandal um Amerikas Lauschangriff auf den Rest der Welt kuschen Regierungen reihenweise vor Washington. Die Deutschen wollen von nichts gewusst haben – dabei wird jetzt klar, dass die Geheimdienste beider Länder eng kooperieren.



NSA-Chef Alexander in Washington

Im sozialen Netzwerk LinkedIn plaudern Menschen gern über ihre Arbeit. Sie wollen etwas loswerden oder suchen einen neuen Job und berichten deshalb, was sie so gemacht haben oder machen. Ein früherer „Signals Intelligence Supervisor“, ein Amerikaner, erzählt da zum Beispiel leichtsinnig, dass er von September 2009 bis Oktober 2010 in Darmstadt gearbeitet habe. Er sei dafür zuständig gewesen, abgefangene ausländische Kommunikation zu sammeln, zu übersetzen und zu verarbeiten. Der Mann war also im Berufsfeld der Spionage tätig.

Darmstadt ist dafür ein guter Standort, denn hier in der Nähe findet sich das geheime Gebäude-Sammelsurium „Dagger Complex“, in dem vor allem Armee-Leute der 66th Military Intelligence Brigade arbeiten, das aber auch von der amerikanischen Lauschbehörde National Security Agency (NSA) mitfinanziert wird.

Bei LinkedIn gibt es viele solcher Einträge. Manche sind womöglich aufgebauscht, aber in der Masse entsteht ein recht gutes Bild davon, wo amerikanische Geheimdienstler in Deutschland operieren.

Was bislang fehlt, sind Plaudereien darüber, ob und wie eng sie mit Kollegen vom Bundesnachrichtendienst oder vom Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben. Aber es gibt aus anderen Quellen Hinweise, dass man miteinander zu tun hat. Und das stünde im Widerspruch zu dem, was die Bundesregierung behauptet: dass sie nichts weiß von den großen Lauschaktionen der Amerikaner bei den Verbündeten.

Der Fall Edward Snowden geht in die nächste Runde. Zunächst hat der amerikanische Computerexperte, der für die NSA gearbeitet hat, offenbart, wie sich der Geheimdienst in Datennetzen bedient. In der vergangenen Woche wurde durch den SPIEGEL bekannt, dass die USA auch ihre Verbündeten ausspionieren lassen, darunter Deutschland. Nun ist zu klären, wie eng diese Verbündeten selbst in den Skandal verstrickt sind. Reine Unschuld ist nicht zu erwarten.

Es gibt Zeiten, in denen klar wird, wie die Welt wirklich tickt, was ihre wahren inneren Gesetze sind. Dann fallen Schleier, die Welt sieht plötzlich anders aus. Es sind jetzt solche Zeiten.

Ein Mann tut etwas, was in der besten Tradition des Westens steht, was den Westen so richtig erst begründet hat: Er klärt auf, er weist auf Missstände hin und öffnet Augen. Das hat Edward Snowden getan. Aber was geschieht nun mit ihm? Die Führungsmacht dieses Westens, die

USA, jagt ihn auf der ganzen Welt, und fast alle machen mit, vor allem der Rest des Westens.

Snowden hockte am vergangenen Freitag wahrscheinlich noch immer im Flughafen von Moskau, im Transitbereich, in einem Niemandsland, weil sich niemand traute, ihn aufzunehmen, auch Deutschland nicht, wo Snowden gern Asyl bekommen hätte.

Angst regiert gerade diese Welt, Angst vor dem Zorn der Vereinigten Staaten von Amerika, Angst vor Präsident Barack Obama, der einst als Weltenretter begrüßt wurde. Kaum einer will es sich mit der politischen und wirtschaftlichen Supermacht verschmerzen.

Das wurde besonders deutlich, als ein kleines Flugzeug über Österreich eine

Die Welt steht kopf, und auch Deutschland macht dabei keine gute Figur.

Christoph Heusgen, der außenpolitische Berater der Bundeskanzlerin, konnte sein Wochenende abschreiben, als am Samstag vor zwei Wochen die Enthüllungen die Runde machten. Am Sonntag rief er Phil Murphy an. Der scheidende US-Botschafter in Berlin hatte sich auf eine Woche voller Abschiedsfeierlichkeiten eingestellt, doch davon war nun keine Rede mehr. Heusgen empfahl Murphy, die beiden SPIEGEL-Geschichten sofort ins Englische übersetzen zu lassen und dem Weißen Haus zu schicken.

Dann ließ Heusgen sich mit Tom Donilon verbinden, dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Beide vereinbarten, dass Obama spätestens nach der Rück-

„Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht.“



Snowden

REUTERS

kehr von seiner Afrika-Reise mit der Kanzlerin sprechen sollte. Den Amerikanern musste mittlerweile klar sein, wie verärgert die Deutschen waren.

Einen Tag später wurde Botschafter Murphy ins Auswärtige Amt geladen. Auf eine förmliche „Einbestellung“, die ultimative Form diplomatischer Missbilligung, hatte Berlin zwar verzichtet, aber faktisch war das Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter kaum etwas anderes. Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert wurde ungewohnt deutlich: „Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht.“

Für Europa und die USA steht einiges auf dem Spiel. An diesem Montag beginnen die Verhandlungen über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen. Die Schnüffelei der Amerikaner gefährdet das Projekt. Auf Vorschlag des amerikanischen Justizministers werden nun zwei europäisch-amerikanische Arbeitsgruppen versuchen, parallel zu den Verhandlungen die Vorwürfe gegen die NSA aufzuklären.

Am vergangenen Mittwoch telefonierten Merkel und Obama. Beide waren danach bemüht, den Streit runterzuspielen. Es werde „Gelegenheit zum intensiven Austausch über diese Fragen geben“, hieß es anschließend ebenso diplomatisch wie nichtssagend. Das dürfte kaum das ersehnte Machtwort gewesen sein, das sich nach einer Umfrage von Infratest Dimap 78 Prozent der befragten Deutschen von Merkel wünschen.

Im Kanzleramt zittern sie nun der nächsten Enthüllung entgegen, denn längst spielt das Thema in den Wahlkampf hinein. So versuchten die beiden SPD-Rivalen Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück in seltener Einmütigkeit, Merkel direkt anzugreifen. Es könne sein,

Kehrtwende machen musste. An Bord waren der bolivianische Präsident Evo Morales und vielleicht ein Gespenst mit dem Namen Edward Snowden. Mehrere europäische Staaten verweigerten diesem kleinen, unbewaffneten Flugzeug Lande- oder Überflugrechte. In einigen Hauptstädten hatten sie die Hosen gestrichen voll, und höchstwahrscheinlich war Snowden nicht einmal unter den Passagieren.

Der Westen macht sich gerade lächerlich durch Unterwürfigkeit, durch freiwillige Unfreiheit, durch den Verstoß gegen die eigenen Werte. Und er brüskiert dabei noch Südamerika, das auch zum erweiterten Westen gezählt wird. Staaten wie China oder Russland, stets im Visier westlicher Moralexporture, können hingegen frohlocken: Der Aufklärer Snowden suchte zuerst Zuflucht bei ihnen, nicht in den Ländern, die auf die Freiheiten stolz sind.

„dass sie mehr weiß, als bisher bekannt geworden ist“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat.

Auch Snowden sagt, deutsche Behörden würden mit der NSA „unter einer Decke stecken“ (siehe Interview Seite 22).

Nachhaltiger als in der NSA-Affäre hat aber noch keine Bundesregierung ihre Ahnungslosigkeit zur Schau gestellt. Seit nunmehr vier Wochen weiß die Bundesregierung, dass sie nichts weiß. Aber das immerhin konsequent. Dreimal tagte in dieser Zeit das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags – dreimal zuckten hohe Regierungsvertreter hinter verschlossenen Türen mit den Schultern.

Der Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst: angeblich nicht im Bilde. Das Kanzleramt: ahnungslos. Die Bundesjustizministerin: rechtschaffen empört, aber unwissend. Der Bundesinnenminister: wusste nichts, stellte trotzdem schon mal klar, dass die Datenfischerei der amerikanischen Freunde sicherlich in Ordnung sein werde. Kritik daran, so Hans-Peter Friedrich (CSU), sei „Antiamerikanismus“.

Und so begann die hohe Zeit des Briefeschreibens. Die Antworten, so sie denn erfolgten, machten allerdings auch niemanden schlauer. Die britische Regierung, besonders eifrig beim Mitschneiden des Internetverkehrs, ließ die deutsche brüsk wissen, sie möge sich, bitte schön, direkt an den Geheimdienst wenden. Die Amerikaner zogen es bis Ende vergangener Woche vor zu schweigen. Obama sagte Merkel wenigstens zu, die Vorwürfe zu prüfen und dann zu berichten. Das kann dauern.

Anfang dieser Woche wird sich daher eine deutsche Regierungsdelegation nach Washington bemühen. In Gesprächen mit dem Heimatschutzministerium, der NSA und der Regierung erhoffen sich die Vertreter des Kanzleramts, des Innen- und des Justizministeriums, des Auswärtigen Amts sowie des Verfassungsschutzes und des Nachrichtendienstes Lerneffekte. Weil aber die Opposition sogleich lästerte, die Koalition schicke nur Leute aus der zweiten Reihe, entschied sich Friedrich hinterherzureisen.

Aber ist die geradezu frivol vorgetragene Mein-Name-ist-Hase-Haltung auch glaubwürdig? Zweifel sind angebracht.



Computerexperte Snowden 2002: „Er ist eine heiße Kartoffel“

Schon einmal gab es in Deutschland und Europa Empörung über ein „globales Abhörssystem für private und wirtschaftliche Kommunikation“. Zwölf Jahre ist es her, dass ein Ausschuss des Europäischen Parlaments einen fast 200 Seiten langen Bericht über das Spähsystem „Echelon“ vorlegte.

In dem Bericht steht, „dass innerhalb Europas sämtliche Kommunikation via E-Mail, Telefon und Fax von der NSA regelmäßig abgehört wird“. Die Rede ist von einem Geheimdienstverbund der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands. „Wenn dann noch der routinemäßige Austausch von Rohmaterial hinzukommt, dann entsteht eine völlig neue Qualität.“

Die Abgeordneten empfahlen im Juli 2001 eine Reihe von Vorschriften und Abkommen, um dem ganz großen Lauschangriff in Europa Grenzen zu setzen. Zwei Monate später flogen Terroristen Flugzeuge ins New Yorker World Trade Center, und einige der Attentäter hatten in Deutschland gelebt. Die Kritik an „Echelon“ verstummte abrupt.

Aber Union und FDP dürfte nicht entgangen sein, dass die Abhörspezialisten aus den USA nach wie vor auf deutschem Boden präsent sind. Derzeit baut die NSA unter ihrem Chef, General Keith Alexander, ihre hiesige Infrastruktur mit großem Aufwand aus.

Die wohl bekannteste Abhöranlage liegt im bayerischen Bad Aibling. Sie ist im „Echelon“-Bericht hinreichend beschrieben. Offiziell haben die Amerikaner den bayerischen Horchposten 2004 aufgegeben. Die weißen Kuppeln des „Echelon“-Abhörsystems, die sogenannten Radome, ließen sie allerdings stehen. Als das Gelände offiziell zur zivilen Nutzung umgewidmet wurde, galt das nicht für das Areal mit der Lauschtechnik.

Ein Verbindungskabel leitet seither die abgefangenen Signale auf das Gelände der Mangfall-Kaserne, die ein paar hundert Meter entfernt liegt. Hier residiert offiziell die „Fernmeldeweitverkehrsstelle der Bundeswehr“ – hinter dem Tarnnamen verbirgt sich der Bundesnachrichtendienst (BND). In enger Kooperation mit einer Handvoll Abhörspezialisten der NSA analysiert der deutsche Auslandsdienst seither Telefongespräche, Faxe und alles,

was sonst noch über Satelliten übertragen wird. Offiziell gibt es weder den BND-Posten in Bad Aibling noch die Kooperation mit den Amerikanern. In einer vertraulichen Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums räumte BND-Chef Gerhard Schindler am vergangenen Mittwoch die Zusammenarbeit mit dem US-Dienst allerdings ein.

Auch anderswo in Deutschland lauschen die Amerikaner in die Welt hinein. In Griesheim bei Darmstadt betreibt die US-Armee einen streng geheimen Horchposten. Fünf Radome stehen am Rand des August-Euler-Flugplatzes, versteckt hinter einem Wäldchen. Wer am „Dagger-Complex“ vorbeifährt, wird von Wachleuten kritisch beäugt, Fotografieren ist verboten.

Im Innern werten Soldaten Informationen für die Streitkräfte in Europa aus. Die NSA unterstützt die Analysten, auch Mitarbeiter amerikanischer Sicherheitsfirmen arbeiten auf dem Gelände.

Der Bedarf an Daten ist offenbar so groß, dass in absehbarer Zeit ein Umzug bevorsteht. Im rund 40 Kilometer ent-

fernten Wiesbaden baut die US-Armee ein neues Consolidated Intelligence Center. Für 124 Millionen Dollar entstehen in der hessischen Landeshauptstadt abhörsichere Büros und ein Hightech-Kontrollzentrum. Sobald die Anlage in Wiesbaden fertiggestellt ist, wird der „Dagger-Complex“ bei Darmstadt geschlossen.

Die US-Armee vertraut bei dem Neubau in Wiesbaden nur auf Landsleute. Die Bauunternehmen müssen aus den USA stammen und sicherheitsüberprüft sein. Selbst die Materialien sollen aus den Vereinigten Staaten importiert und auf ihrem Weg nach Deutschland überwacht werden. Damit auch ja kein fremder Spion auf die Baustelle kommt, bewachen die Amerikaner das Areal rund um die Uhr mit eigenen Sicherheitsleuten.

Ist es wirklich vorstellbar, dass die Bundesregierung nichts weiß vom Treiben der NSA vor ihrer Haustür? Wie ist dann zu verstehen, was Innenminister Friedrich vergangene Woche in einer aktuellen Debatte des Bundestags zur Ausspähaffäre sagte: „Deutschland ist glücklicherweise in den letzten Jahren von großen Anschlägen verschont geblieben. Wir verdanken das auch den Hinweisen unserer amerikanischen Freunde.“ Hinter Sätzen wie diesem verbirgt sich eine funktionale Sicht auf den Überwachungsapparat der Supermacht: Was genau die NSA macht, ist zweitrangig – es zählt, was hinten rauskommt. Und das ist, wie Geheimdienstler halb verschämt einräumen, unverzichtbar.

Ohne die Tipps der Amerikaner, heißt es, wäre man bei der Terrorbekämpfung womöglich auf einem Auge blind. Denn



BND-Zentrale in Berlin: Ohne Amerikaner auf einem Auge blind

eine Herzkammer. Hier treffen Glasfaserkabel aus Osteuropa und Zentralasien auf Datenleitungen aus Westeuropa. Auch E-Mails, Bilder, Telefonate und Tweets aus Krisenländern des Nahen und Mittleren Ostens kommen in Frankfurt vorbei.

Internationale Provider unterhalten hier ihre digitalen Drehscheiben, die Telekom oder auch das US-Unternehmen Level 3, das sich damit brüstet, einen

E-Mails und Telefonate aus Krisenländern kommen in Frankfurt vorbei.

während das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst im Rahmen der G-10-Gesetzgebung strengen Regeln unterliegen, arbeiten ausländische Dienste auf deutschem Boden – solange es dem Anti-Terror-Kampf dient – weitgehend unkontrolliert. Wie weit das geht, wird am Beispiel Frankfurt am Main deutlich.

Im weltweit pulsierenden Strom digitaler Daten ist Frankfurt so etwas wie

Großteil des weltweiten Internetverkehrs abzuwickeln. Für Geheimdienste wie den BND oder die NSA ist Frankfurt eine unerschöpfliche Quelle für Informationen. Wie aus Unterlagen von Snowden hervorgeht, greift die NSA jeden Monat in Deutschland auf eine halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge zu, unter anderem in Frankfurt.

Auch der BND bedient sich hier. Er darf bis zu 20 Prozent der Daten abzwei-

gen. Aus bundesweit fünf Knotenpunkten schleust der Dienst Daten zur Auswertung nach Pullach in die Zentrale, auch in Düsseldorf und München. Die eigentliche Aufgabe für die Spezialisten der Abteilung Technische Aufklärung beginnt allerdings erst im Anschluss an den Zugriff: Aus dem gigantischen Datenmeer müssen sie jene Telefongespräche, E-Mails oder anderen Internetsplitter herausfischen, die vielleicht einen Atomschmuggel decouvrieren oder einen Terrorplot von al-Qaida. Die „Analyse-Tools“ (Werkzeuge) für den großen Lauschangriff auf das Datenmeer sind komplexe und kostspielige Anlagen.

Um den aus dem Nahen Osten eingehenden Telefon- und Internetverkehr auszuwerten, nimmt der BND die Hilfe der NSA in Anspruch. Die Amerikaner stellen den Deutschen zum Beispiel Spezial-Tools zur Verfügung, die mit arabischen Suchbegriffen arbeiten. Erhält der US-Dienst im Gegenzug Zugriff auf die Daten? Die Bundesregierung bestreitet das: Eine Kooperation gebe es nur in Form von „finished intelligence“, von fertigen Geheimdienstberichten.

Das Verhältnis des deutschen Auslandsdienstes zur NSA ist allerdings deutlich enger als öffentlich eingeräumt. In sogenannten „Joint Operations“ gehen die Partnerdienste in klar umgrenzten Einzelfällen gemeinsam vor. Die Ziele liegen im Ausland, zumeist mit Schwerpunkten wie Terrorabwehr und Rüstungslieferungen.

Am Horchposten in Bad Aibling arbeitet ein NSA-Team eng mit den Geheimen des BND zusammen. Der BND nutzt Bad Aibling unter anderem, um Thuraya-Satellitentelefone zu überwachen, die vor allem in den entlegenen Regionen Pakistans und Afghanistans eine Rolle spielen. Die Amerikaner unterstützen die Deutschen dabei. Ist es wirklich denkbar, dass bei so viel Nähe der eine Partner nicht wusste, was der andere tat?

„Wir haben bislang keine Erkenntnisse, dass Internetknotenpunkte in Deutschland durch die NSA ausspioniert wurden“, sagt der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen. Auch Lauschangriffe der USA auf die Bundesregierung seien ihm nicht bekannt. Eine Projektgruppe unter Leitung des BfV-Spitzenbeamten Thomas



JOHANNES ARIT / DER SPIEGEL

„Sie sind der Hegemon hier“

Der Ex-Bundestagsabgeordnete Claus Arndt, 86 (SPD), über seinen früheren Job als Geheimdienstkontrollleur und den Informations Hunger der Amerikaner

SPIEGEL: Herr Arndt, Sie wurden zu Zeiten von Kanzler Kurt Georg Kiesinger Mitglied der G-10-Kommission und schieden in der Ära von Gerhard Schröder aus. Haben die Amerikaner in diesen Jahrzehnten die Deutschen flächendeckend abgehört?

Arndt: Zunächst haben sich die Amerikaner aufgeführt wie eine Besatzungsmacht und jedermann abgehört, den sie abhören wollten. Das änderte sich erst 1968 mit dem G-10-Gesetz. Für das Abhören waren danach deutsche Stellen zuständig. Die Amerikaner mussten beantragen, wenn Bundesnachrichtendienst oder Verfassungsschutz für sie lauschen sollte.

SPIEGEL: Wie lief das in der Praxis?

Arndt: Für die Anschlüsse bestimmter Personen stellten US-Behörden beim Innenminister einen Antrag. Der leitete ihn an uns weiter, und wir haben dann zugestimmt oder abgelehnt.

SPIEGEL: Wie oft kam eine solche Anfrage von US-Behörden?

Arndt: Das bewegte sich im zweistelligen Bereich pro Jahr.

SPIEGEL: Haben Sie auch Anfragen abgelehnt?

Arndt: Natürlich. Ich erinnere den Koch eines amerikanischen Generals, der bei Gesprächen in der Küche oder beim Essen angeblich Geheimnisse erfuhr und an die Russen verriet. Der Antrag war so allgemein gehalten, da haben wir den Amerikanern ausrichten lassen: „Mit so etwas dürft ihr uns nicht kommen.“

SPIEGEL: Haben die Amerikaner trotzdem Anschlüsse selbst überwacht?

Arndt: Nicht in der Bundesrepublik, aber in West-Berlin. Dort haben sich die Amerikaner bis zum 3. Oktober 1990 benommen, als wären sie gerade einmarschiert. Einmal meldete sich ein Mitarbeiter der Landespostdirektion Berlin. Ein US-Major hatte Streit mit seiner Freundin und angeordnet, ihre gesamte Post mitzulesen und ihre Telefonate abzuhehren. Dem deutschen Beamten kam das spanisch vor, und er wollte wissen, ob er diesen Auftrag ausführen müsse. Ich habe ihm gesagt: „Es tut mir leid, aber Sie müssen das!“ So war die Rechtslage.

SPIEGEL: Neben dem Abhören einzelner Anschlüsse gab es die sogenannte strategische Aufklärung. Der Westen wollte während des Kalten Krieges herausfinden, ob ein Angriff drohte.

Arndt: Die Amerikaner verlangten, dass der Fernmeldeverkehr, etwa zwischen Paris und Prag, angezapft wird, und zwar rund um die Uhr. Zuständig ist bei uns der BND. Er muss an einem Knotenpunkt des internationalen Telefonnetzes aktiv werden, etwa in Hamburg. Da fallen riesige Datenmengen an. Zu meiner Zeit ging allein von Hamburg wöchentlich ein Lkw mit Anhänger voller Bänder in die BND-Zentrale nach Pullach.

SPIEGEL: Gab der BND die Bänder ungefiltert weiter?

Arndt: Ja, so sollte es zwar nicht sein. Vielmehr sollte der BND vorher kontrollieren, ob die Bänder Informationen enthielten, deren Weitergabe an die Amerikaner die Interessen der Bundesrepublik verletzen. Doch eine

solche Kontrolle war nicht möglich. Die Datenmengen waren zu groß.

SPIEGEL: Konnten auch Telefonate von Deutschen auf den Bändern sein?

Arndt: Wenn diese auf der abgehörten Leitung ins Ausland telefonierte oder auf dieser Leitung aus dem Ausland angerufen wurden.

SPIEGEL: Teilten die Amerikaner mit, wonach sie suchten?

Arndt: Nein, das hätte uns ja Einblick in die Schwerpunkte ihrer Überwachung geben können. Um den Schein zu wahren, fügten sie eine Begründung von einer halben Schreibmaschinen-seite bei, dass das Abhören dieser Leitung für die Sicherheit ihrer Truppen in der Bundesrepublik wichtig sei.

SPIEGEL: Nach BND-Unterlagen übergab Pullach 1977 rund 10 000 G-10-Meldungen. War das ungewöhnlich viel?

Arndt: Nein, das entsprach in meiner Zeit der üblichen Menge. Wobei der Begriff G-10-Meldung irreführend ist. Schon das Abhören einer Leitung, was ja viele Telefonate umfasst, kann damit gemeint sein.

SPIEGEL: 10 000 G-10-Meldungen könnten Millionen Telefonate bedeuten?

Arndt: Ja, wobei ich nicht glaube, dass die NSA diese Datenmengen auswerten konnte. Da wechseln ständig die Gesprächspartner. Eben sprach man rumänisch, dann deutsch, dann russisch. Ich wünsche allen viel Spaß, die so etwas auswerten wollen.

SPIEGEL: Woher nahmen die Amerikaner das Recht, hier abhören zu lassen?

Arndt: Das resultiert aus dem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut von 1959. Danach ist die Bundesrepublik zur Zusammenarbeit mit den USA zum Schutze von deren Truppen verpflichtet. Man muss dazu wissen: Aus amerikanischer Sicht gab es nichts, was nicht für die Sicherheit ihrer Truppen relevant war.

SPIEGEL: Hätten Sie nicht einfach alle Anträge zur strategischen Aufklärung ablehnen können?

Arndt: Die Amerikaner sind wild versessen auf Informationen, und die Amerikaner sind der Hegemon hier. Es ist nicht vorstellbar, dass man sich diesem innerhalb des Bündnisses verweigert.

SPIEGEL: Hat die deutsche Einheit etwas an der Situation verändert?

Arndt: Nein.

SPIEGEL: Dann ist die Bundesrepublik nur beschränkt souverän?

Arndt: Theoretisch sind wir souverän. Die Organe der Bundesrepublik haben das Zusatzabkommen ja gebilligt. In der Praxis sind wir es nicht.

INTERVIEW: KLAUS WIEGREFE

Haldenwang soll den Snowden-Hinweisen nun nachgehen.

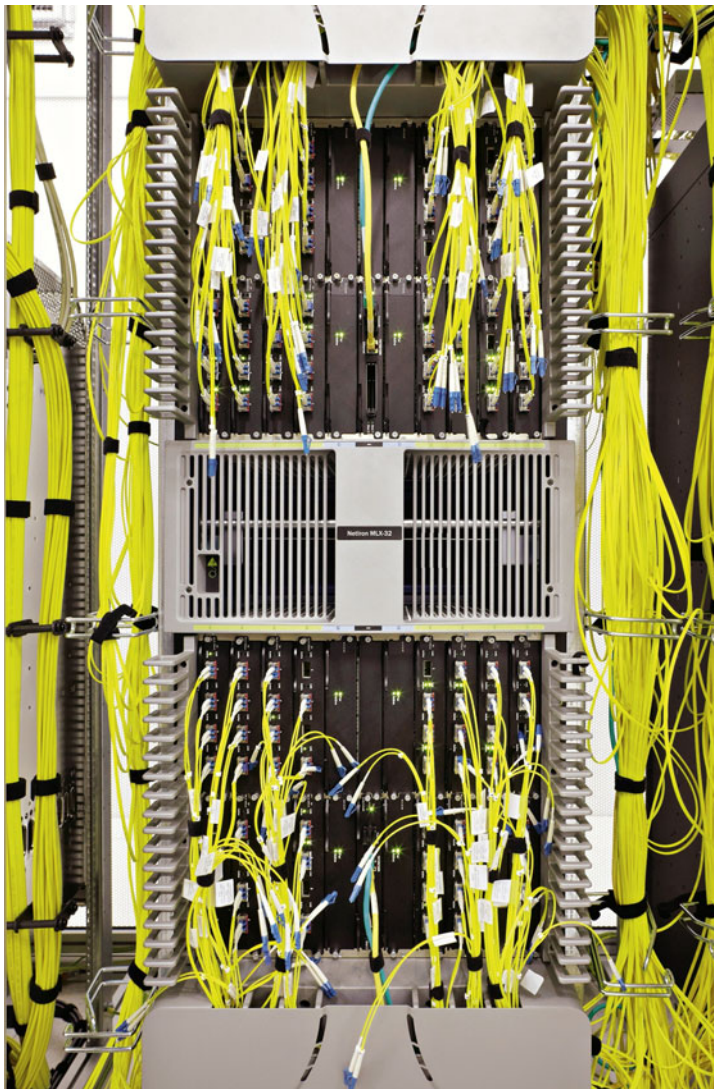
Am Ende ist es relativ unerheblich, ob der Abfluss deutscher Verbindungsdaten nach Amerika aufgeklärt werden kann oder nicht, denn allzu harsche Kritik müssen die Amerikaner nicht fürchten. „Wir sind erpressbar“, sagt ein hochrangiger Sicherheitsbeamter, „wenn die NSA ihren Hahn zudreht, sind wir blind.“

Die USA sind eben nicht einfach ein Freund, sie sind ein Herrscher, mit dem man befreundet sein kann oder nicht. Dass mit einer Freundschaft oft auch Herrschaft verbunden sein kann, zeigt der Fall Snowden so klar wie kaum ein anderer. Und innerhalb des Falls Snowden zeigt die Odyssee von Evo Morales besonders deutlich, wie die Herrschaftsverhältnisse sind.

Die Reise des bolivianischen Präsidenten gehört zu den bizarrsten Vorgängen der Weltpolitik. Sie kann noch nicht zu Ende erzählt werden, es gibt Lücken, es gibt widersprüchliche Aussagen, aber all das hätte wohl nicht geschehen können, wenn nicht einige europäische Politiker eine Menge Angst vor den Amerikanern hätten.

Am 28. Juni genehmigten portugiesische Behörden einen Reiseplan für eine „Dassault Falcon 900EX“ der bolivianischen Luftwaffe. Das Flugzeug von Morales sollte bei seiner Reise nach Moskau auf dem Hin- und dem Rückweg einen Zwischenstopp in Lissabon einlegen, um zu tanken. Auf dem Hinweg ging alles glatt. Am 1. Juli allerdings schickten die Portugiesen um 16.28 Uhr einen Widerruf an die Bolivianer: Kein Zwischenstopp auf dem Rückflug, „aus technischen Gründen“, heißt es in einer Darstellung des portugiesischen Außenministeriums. Um 19.19 Uhr sei das Ersuchen der Bolivianer eingetroffen, das Verbot näher zu erläutern. Um 21.10 Uhr habe man geantwortet: Dem Überflug des portugiesischen Terrains stehe nichts im Wege, nur eine Landung in Lissabon sei nicht möglich. Was diese technischen Hindernisse gewesen sein sollen, wollte das Ministerium bislang nicht erläutern.

Die Bolivianer hätten insistiert, ohne Erfolg. Das Ministerium „bedaure die Unannehmlichkeiten“, habe aber keine Schuld, da „die bolivianischen Stellen fast 24 Stunden lang nicht bereit waren, eine



Netzwerkverteiler in Frankfurt am Main: Unerschöpfliche Quelle

alternative Route in Betracht zu ziehen, und auf einem Vorgehen bestanden, das die portugiesische Souveränität verletzt hätte“.

Selbst schuld also? Am Nachmittag des 2. Juli haben die Bolivianer in Madrid angefragt, ob sie spanisches Hoheitsgebiet überfliegen dürften, um einen Tankstopp in Las Palmas auf Gran Canaria einzulegen. Das sagt das spanische Außenministerium auf Anfrage. Sofort habe man beides genehmigt. Die Bolivianer hätten sich dafür bedankt.

Am 2. Juli hob Morales' Maschine gegen 20.35 Uhr in Moskau ab, Ziel also nun: Las Palmas. Doch eine Dreiviertelstunde bevor der Flieger auf dem Weg nach Las Palmas französischen Luftraum erreichte, verwehrten die Franzosen den Überflug.

Präsident François Hollande sagte am folgenden Tag: „Es gab widersprüchliche Angaben über die Passagiere an Bord. Sobald ich erfuhr, dass es sich um die Maschine des bolivianischen Präsidenten handelt, habe ich sofort die Erlaubnis zum Überflug erteilt.“

Ein anonymen Diplomat erklärte in der Zeitung „Le Monde“: „Wir haben nie auch nur einen Moment lang gedacht, Snowden könnte in dem Flugzeug sein.“ Die Franzosen behaupten nun, es habe sich um ein Missverständnis gehandelt. Die zuständige Behörde habe fälschlicherweise geglaubt, zwei „Falcons“ seien auf dem Weg in den französischen Luftraum, doch nur eines der Flugzeuge habe eine Genehmigung gehabt. Aus technischen Gründen sei dann eine der beiden Maschinen gestoppt worden, ohne dass jemand gewusst habe, dass Morales an Bord sei.

Hollandes Genehmigung kam spät in der Nacht, zu spät für Boliviens Staatschef. Da das Flugzeug offenbar auch Italien nicht überfliegen durfte, fragte die Crew gegen 21 Uhr in Wien nach einer Landeerlaubnis. Der Pilot sagte dem Lotsen: „Wir müssen landen, weil wir keine korrekte Anzeige des Treibstoffstands bekommen. Als Vorsichtsmaßnahme müssen wir landen.“ Die Erlaubnis kam bald, die „Falcon“ wendete über Obertauern um 180 Grad. Gegen 22 Uhr war Morales in Wien.

Dort saß er über 13 Stunden lang auf dem Flughafen fest. Nach Angaben der

bolivianischen Regierung verweigerte Morales zunächst eine Durchsuchung des Flugzeugs, die Beamten durften es aber schließlich doch betreten. Die Pässe aller Insassen wurden überprüft. Morales habe den Behörden versichert, dass Snowden nicht an Bord sei. Seiner argentinischen Kollegin Cristina Fernández de Kirchner sagte er am Telefon, eine Durchsuchung lasse er nicht zu, „ich bin doch kein Dieb“.

Vor allem die Spanier bemühten sich, die Krise zu lösen, verhandelten mit den Bolivianern, aber auch mit europäischen Staaten. Der spanische Botschafter in Wien sprach bei Morales vor, der in der VIP-Zone des Flughafens Schwechat aufgehalten wurde. Morales erzählte später, der spanische Botschafter habe ihm vorgeschlagen, einen Kaffee in der „Falcon“ zu trinken – wohl um zu kontrollieren, ob Snowden an Bord versteckt werde.

„Es stimmt nicht, dass Spanien um Erlaubnis gebeten hat, das Flugzeug zu untersuchen“, widersprach ihm Spaniens Außenminister José Manuel García-Margallo in Madrid. Später räumte er ein,



HELMUT FOHRINGER / DPA

Bolivians Präsident Morales in Wien: „Angriff auf ganz Lateinamerika“

man habe ihm gesagt, Snowden sei an Bord der „Falcon“. Wer das gesagt hat? „Geheim.“ Das ist ein Wort, hinter dem man manches verstecken kann.

Auf Anfrage der Bolivianer erneuerten die Spanier die Landegenehmigung für Las Palmas. Um 11.30 Uhr am 3. Juli startete das Flugzeug in Wien. Um 23.30 Uhr Ortszeit kletterte der erschöpfte und übermüdete Präsident schließlich daheim aus seinem Jet. Morales sagte: „Das Flugzeug eines Präsidenten ist wie eine fliegende Botschaft. Wenn man es festhält oder umleitet, ist das wie ein Attentat. Es war nicht nur ein Attentat auf unser Land, sondern auf ganz Lateinamerika.“

Von Venezuela bis Feuerland ging ein Aufschrei durch den Kontinent. „Wir dachten, der Kolonialismus sei überwunden“, ätzte Argentinien's Präsidentin. Von einem „Angriff auf ganz Lateinamerika“ sprach Ecuadors Präsident Rafael Correa. Die Brasilianerin Dilma Rousseff kritisierte das Vorgehen der Europäer als „schwerwiegenden Verstoß gegen das internationale Recht“, der die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union gefährden würde.

Auch Ecuadors Präsident Correa hat in dieser Krise erst einmal großspurig reagiert. Als der demokratische US-Senator Bob Menendez drohte, Zollvergünstigungen zu blockieren, wenn Ecuador Snowden Asyl gewähren würde, kündigte Correa das Abkommen: „Wir lassen uns nicht einschüchtern.“

Wenige Tage später ruderte er zurück. Obamas Vize Joe Biden hatte ihn angerufen und gewarnt, dass sich die Beziehungen zwischen Washington und Quito „stark verschlechtern“ würden, wenn

Ecuador Snowden Zuflucht gewähre. Das halbstündige Telefongespräch sei „herzlich und respektvoll“ gewesen, versicherte Correa. Er werde Washington selbstverständlich konsultieren, bevor er eine Entscheidung treffe.

Das Doppelspiel ist typisch für die Haltung der meisten südamerikanischen Präsidenten: Sie nutzen das Tausziehen um Snowden, um sich vor ihren Anhängern als tapfere Kämpfer gegen die Gringos zu profilieren. Doch in Wirklichkeit sitzt Washington am längeren Hebel.

Ecuador ist wirtschaftlich abhängig von den Amerikanern, Landeswährung ist der US-Dollar. Washington könnte das kleine Land in den Ruin zwingen.

Da ist man in Quito nicht besonders scharf auf einen weiteren Staatsfeind der USA. Julian Assange, der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, hat in

Einfluss, den Amerika, die bloßgestellte Supermacht, trotz aller Empörung in der Welt noch immer hat.

20 Asylanträge hat Snowden bisher gestellt, mindestens 13 davon sind bereits skeptisch sondiert oder abgelehnt worden, unter anderem von Deutschland, Spanien und Polen. In der Nacht zum vergangenen Samstag hieß es aus Nicaragua, man könne Snowden Asyl geben – wenn die Umstände das zuließen. Kurz danach sagte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, er wolle Snowden Asyl anbieten.

Mit Genugtuung nehmen die Amerikaner zur Kenntnis, dass immerhin Russlands Präsident Wladimir Putin die Möglichkeit eines Asyls nur unter harten Bedingungen erwägen würde. „Edward Snowden ist eine heiße Kartoffel“, triumphiert Philip Crowley, Sprecher der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton. Niemand wolle ihn aufnehmen: „Wenn die Musik ausgeht, will ihn kein Land auf seinem Schoß sitzen haben.“

Nachdem die Regierung Obama zunächst auf öffentliche Einschüchterung setzte, entschärfte sie den Ton und hofft nun offenbar auf Diplomatie. „Ich werde keine Jets schicken“, um einen Hacker zu fassen, versicherte Obama, aber das heißt nicht, dass nun Milde gilt für Snowden, der gerade 30 geworden ist. „Öffentlich versucht die Regierung, die Sache herunterzuspielen“, sagt der ehemalige Direktor der Nationalen Geheimdienste, Dennis Blair, „aber unterhalb der Wasseroberfläche paddelt die Ente wie wild.“ Jeder soll wissen, dass ein Freund Snowdens kein Freund der USA sein kann.

Obamas Leute fürchten, dass die Enthüllungen immer weitergehen – über viele Wochen. Snowden, so viel ist mittlerweile klar, hat ein großes Archiv mitgenommen: nicht nur eine Festplatte voll, sondern gleich mehrere. Das Material, aus dem die bislang durch „Guardian“ und SPIEGEL publizierten Geschichten stammen, umfasst nur einen Teil davon.

Obamas Leute fürchten, dass die Enthüllungen immer weitergehen.

der ecuadorianischen Botschaft in London Zuflucht gesucht und lebt dort seit über einem Jahr aus Angst, von den Briten an die Schweden und von den Schweden an die Amerikaner ausgeliefert zu werden.

Nun jagt Washington schon zwei Aufklärer des Internetzeitalters. Jeder Tag, den Edward Snowden im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo verbringt, jeder Fluchtweg, der ihm verbaut wird, ist ein kleiner Sieg für die amerikanische Diplomatie. Die Zahl der Tage, die seit seiner Ankunft in Russland vergangen sind, wird auch zum Maß für den

Weitere spektakuläre Veröffentlichungen würden aus Sicht der Amerikaner dauerhaften Flurschaden anrichten – zumal Snowdens Material mutmaßlich in Teilen nicht nur an die Öffentlichkeit, sondern womöglich auch in die Hände der Chinesen und Russen gelangt ist.

Die chinesische Regierung, heißt es im Umfeld des Weißen Hauses, habe bereits signalisiert, dass sie eine Kopie des Geheimdienst-Schatzes besitze – vermutlich ohne Snowdens aktives Zutun, der sich ausdrücklich nicht als Überläufer gerieren wollte und nicht die Regierung eines an-

deren Landes als Adressat suchte, sondern die kritische Öffentlichkeit.

Zugleich sollen die Chinesen in Washington aber auch versprochen haben, dass sie nicht Teile der NSA-Dokumente oder gar den gesamten Bestand publizieren. Selbst unter Rivalen wie China, Russland und den USA gibt es eine Art Kodex, Streitfälle aus der Welt der Geheimdienste nur im Ausnahmefall vor den Augen der Weltöffentlichkeit auszutragen. Jede Regierung weiß, dass sie in eine ähnliche Situation geraten kann. Dazu kommt, dass die Geheimdienste ihr Wissen lieber für sich behalten, als es auf dem Nachrichtensbasar zu präsentieren. Die Chinesen werden die Dokumente genüsslich auswerten und dann still ihre Schlüsse daraus ziehen.

Selbst für Putin gilt dieser Kodex. Seine öffentliche Warnung, Snowden müsse damit aufhören, den USA Schaden zuzufügen, wird in Washington als Signal interpretiert, dass die Russen ebenfalls kein Interesse daran haben, die Praktiken der NSA öffentlich zu sezieren.

In Wladimir Putins Brust schlagen im Fall Snowden wohl zwei Herzen. Einerseits sieht der ehemalige KGB-Auslandsaufklärer im flüchtigen Amerikaner einen verachtenswerten Verräter, noch dazu einen unberechenbaren Querkopf, der mit seiner Rebellion gegen staatliche Überwachung auch zur Symbolfigur für Russlands Anti-Putin-Opposition taugen würde. Andererseits fiel Putin mit Snowden ein Werkzeug in den Schoß, Amerika eins auszuwischen. Endlich einmal steht Washington und nicht Moskau am Pranger der westlichen Öffentlichkeit.

Hinter den Kulissen und fern der Schlagzeilen der Kreml-treuen Presse arbeitet Putin immer wieder pragmatisch mit Amerika zusammen: So fädelte Russlands starker Mann über einen Vertrauten die Milliardenallianz des russischen Öligiganten Rosneft mit dem amerikanischen ExxonMobil-Konzern ein. Seit 2009 sind mehr als 400 000 amerikanische Soldaten und Armeeingestellte über russisches Territorium nach Afghanistan gebracht worden. Auch Russland mag nicht alle Brücken zum mächtigsten Land der Welt abbrechen.

Der Kreml scheint sich deshalb für ein Doppelspiel entschieden zu haben: Russland liefert Snowden nicht an Amerika aus und betont, dass der flüchtige Computerexperte sich ja gar nicht auf russischem Territorium, sondern nur in der Transitzone des Flughafens aufhalte. Auch der russische Geheimdienst habe mit dem Mann keinen Kontakt, seine Informationen seien am Ende gar nicht so viel wert. „Das ist, wie ein Schwein zu scheren“, mit diesen Worten spielte Putin Snowdens Wissen herunter: „viel Gequieke, aber wenig Wolle.“

Gleichwohl dürfte es ein russisches Interesse an seinen Laptops geben. Je län-



Partner Obama, Merkel in Berlin: *Der Westen macht sich lächerlich durch Unterwürfigkeit*

ger sich Snowden am Flughafen aufhält, desto größer ist die Chance, dass Moskaus Geheimdienst-Hacker sich Zugang verschaffen, selbst wenn Snowdens Rechner gut gesichert sind. Er muss auch mal schlafen, seine Situation dürfte ihn allmählich zermürben.

Wäre es da nicht ein menschliches Gebot, ihn aus seiner Lage zu befreien, zum Beispiel durch Asyl in der Bundesrepublik?

Schon morgen könnte Snowden vor der Tür stehen. Eine Ausreise aus Russland muss nicht an seinem ungültigen Reisepass scheitern. Die Russen könnten ihn auch so ziehen lassen.

Mit einem Stempel und einer Unterschrift könnte der Flüchtling in das nächste Flugzeug nach Berlin steigen und bei der Ankunft Asyl beantragen. Zwar könnten ihn die deutschen Grenzwachter „zurückweisen“, aber das müssten sie nicht tun. Wahrscheinlicher wäre, dass sie Snowden sofort in Gewahrsam nähmen, weil die USA ein Festnahmeersuchen geschickt haben.

Spätestens dann könnte die Bundesregierung eingreifen und den Mann als wichtigen Staatsgast gut bewacht in einem ordentlichen Hotel einquartieren. So oder so würde ein Gericht zu prüfen beginnen, ob dem Antrag der Amerikaner, Snowden auszuliefern, entsprochen werden kann.

Erfahrene Richter, die sich regelmäßig mit solchen Angelegenheiten beschäftigen, sind fast sicher, dass das Auslieferungsbegehren als unzulässig abzulehnen wäre. Denn das deutsch-amerikanische Auslieferungsabkommen verbietet eine Überstellung wegen politischer Strafta-

ten. Und Landesverrat gelte, so Nikolaos Gazeas, Fachmann für internationales Strafrecht an der Uni Köln, zumindest in der deutschen Sicht als politische Straftat.

Wenn die US-Verfolger, was wahrscheinlich wäre, ihr Auslieferungsbegehren hinter unpolitischen Vorwürfen zu verbergen suchten, würde ihnen auch das nicht helfen. Wenn „ernstliche Gründe“ zu dem Verdacht Anlass gäben, dass es im Kern um eine politische Straftat gehe, so heißt es im Auslieferungsabkommen, sei auch dies ein Auslieferungshindernis.

Es gäbe also in Wahrheit einen Weg, Edward Snowden nach Deutschland zu holen und hierbleiben zu lassen. Man müsste es wollen, man müsste bereit sein, den Zorn der Amerikaner in Kauf zu nehmen.

Aber das ist man nicht. Realpolitik heißt jetzt, vor den Amerikanern zu kuscheln. Deutschland ist eben abhängig, politisch und wirtschaftlich von den Amerikanern, wirtschaftlich von den Chinesen, die deshalb beim Thema Menschenrechte kaum noch Widerspruch aus Berlin hören. Deutschland ist ein Land, das sich nichts traut. Der Fall Snowden zeigt auch, dass Deutschland ein Zwerg des Weltgeschehens ist.

SVEN BECKER, THOMAS DARNSTÄDT, JENS GLÜSING, HUBERT GUDE, FRITZ HABEKUSS, KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, MARC HUJER, DIRK KURBJUWEIT, MATHIEU VON ROHR, MARCEL ROSENBACH, MATTHIAS SCHEPP, JÖRG SCHINDLER, GREGOR PETER SCHMITZ, CHRISTOPH SCHULT, HOLGER STARK, HELENE ZUBER



Video: Clemens Höges über den Fall Edward Snowden

spiegel.de/app282013snowden
oder in der App DER SPIEGEL



PHILIPPE LOPEZ / AFP

„Als Zielobjekt markiert“

Der Enthüller Edward Snowden über die geheime Macht der NSA

Kurz bevor Edward Snowden zum weltweit bekannten Whistleblower wurde, beantwortete er einen umfangreichen Katalog von Fragen. Sie stammten unter anderem von Jacob Appelbaum, 30, einem Entwickler von Verschlüsselungs- und Sicherheitssoftware. Appelbaum unterweist internationale Menschenrechtsgruppen und Journalisten im sicheren und anonymen Umgang mit dem Internet.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er 2010 bekannt, als er den WikiLeaks-Gründer Julian Assange als Redner bei einer Hacker-Konferenz in New York vertrat. Zusammen mit Assange und weiteren Co-Autoren veröffentlichte er unlängst den Gesprächsband „Cypherpunks: Unsere Freiheit und die Zukunft des Internets“.

Im Zuge der Ermittlungen rund um die WikiLeaks-Enthüllungen ist Appelbaum ins Visier amerikanischer Behörden geraten, die Unternehmen wie Twitter und Google aufgefordert haben, seine Konten preiszugeben. Er selbst bezeichnet seine Haltung zu WikiLeaks als „ambivalent“ – und beschreibt im Folgenden, wie er dazu kam, Fragen an Snowden stellen zu können:

Mitte Mai hat mich die Dokumentarfilmerin Laura Poitras kontaktiert. Sie sagte mir zu diesem Zeitpunkt, sie sei in Kontakt mit einer anonymen NSA-Quelle, die eingewilligt habe, von ihr interviewt zu werden.

Sie stellte dafür gerade Fragen zusammen und bot mir an, selbst Fragen beizusteuern. Es ging unter anderem darum

festzustellen, ob es sich wirklich um einen NSA-Whistleblower handelt. Wir schickten unsere Fragen über verschlüsselte E-Mails. Ich wusste nicht, dass der Gesprächspartner Edward Snowden war – bis er sich in Hongkong der Öffentlichkeit offenbarte. Er wusste auch nicht, wer ich war. Ich hatte damit gerechnet, dass es sich um jemanden in den Sechzigern handeln würde.

Das Folgende ist ein Auszug aus einem umfangreicheren Interview, das noch weitere Punkte behandelte, viele davon sind technischer Natur. Einige der Fragen erscheinen jetzt in anderer Reihenfolge, damit sie im Zusammenhang verständlich sind.

Bei dem Gespräch ging es fast ausschließlich um die Aktivitäten der National

Security Agency und um ihre Fähigkeiten. Es ist wichtig zu wissen, dass diese Fragen nicht im Zusammenhang mit den Ereignissen der vergangenen Woche oder des vergangenen Monats gestellt wurden. Sie wurden in einer Zeit totaler Ruhe gestellt, als Snowden noch auf Hawaii war.

Ich hatte zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal direkten Kontakt mit Snowden, an dem ich auch meine eigene Identität offenbarte. Er hat mir damals die Einwilligung gegeben, seine Aussagen zu veröffentlichen.



Frage: Was ist die Aufgabe der National Security Agency (NSA) – und wie ist deren Job mit den Gesetzen in Übereinstimmung zu bringen?

Snowden: Aufgabe der NSA ist es, von allem Wichtigem zu wissen, das außerhalb der Vereinigten Staaten passiert. Das ist eine beträchtliche Aufgabe, und den Leuten dort wird vermittelt, dass es eine existentielle Krise bedeuten kann, nicht alles über jeden zu wissen. Und dann glaubt man irgendwann, dass es schon in Ordnung ist, sich die Regeln etwas hinzubiegen. Und wenn die Menschen einen dann dafür hassen, dass man die Regeln verbiegt, wird es auf einmal überlebenswichtig, sie sogar zu brechen.

Frage: Sind deutsche Behörden oder deutsche Politiker in das Überwachungssystem verwickelt?

Snowden: Ja natürlich. Die (NSA-Leute –Red.) stecken unter einer Decke mit den Deutschen, genauso wie mit den meisten anderen westlichen Staaten. Wir (im US-Geheimdienstapparat –Red.) waren die anderen, wenn jemand, den wir packen wollen, einen ihrer Flughäfen benutzt – und die liefern ihn uns dann aus. Die Informationen dafür können wir zum Beispiel aus dem überwachten Handy der Freundin eines verdächtigen Hackers gezogen haben, die es in einem ganz anderen Land benutzt hat, das mit der Sache nichts zu tun hat. Die anderen Behörden fragen uns nicht, woher wir die Hinweise haben, und wir fragen sie nach nichts. So können sie ihr politisches Führungspersonal vor dem Backlash (deutsch etwa: Rückschlag –Red.) schützen, falls herauskommen sollte, wie massiv weltweit die Privatsphäre von Menschen missachtet wird.

Frage: Aber wenn jetzt Details dieses Systems enthüllt werden, wer wird dafür vor Gericht gestellt werden?

Snowden: Vor US-Gerichte? Das meinen Sie doch nicht ernst, oder? Als der letzte große Abhörskandal untersucht wurde – das Abhören ohne richterlichen Beschluss, das Abermillionen von Kommunikationsvorgängen betraf – hätte das eigentlich zu den längsten Haftstrafen der Weltgeschichte führen müssen. Aber

dann haben unsere höchsten Vertreter die Untersuchung einfach gestoppt. Die Frage, wer theoretisch angeklagt werden könnte, ist hinfällig, wenn die Gesetze nicht respektiert werden. Gesetze sind gedacht für Leute wie Sie oder mich – nicht aber für die.

Frage: Kooperiert die NSA mit anderen Staaten wie Israel?

Snowden: Ja, die ganze Zeit. Die NSA hat eine große Abteilung dafür, sie heißt FAD – Foreign Affairs Directorate.

Frage: Hat die NSA geholfen, Stuxnet zu programmieren? (Jenes Schadprogramm, das gegen iranische Atomanlagen eingesetzt wurde –Red.)

Snowden: Die NSA und Israel haben Stuxnet zusammen geschrieben.

Frage: Welche großen Überwachungsprogramme sind heute aktiv, und wie helfen internationale Partner der NSA?

„Tempora saugt alle Daten auf – egal worum es geht.“

Snowden: Die Partner bei den „Five Eyes“ (dahinter verbergen sich die Geheimdienste der Amerikaner, der Briten, der Australier, der Neuseeländer und der Kanadier –Red.) gehen manchmal weiter als die NSA-Leute selbst. Nehmen wir das Tempora-Programm des britischen Geheimdienstes GCHQ. Tempora ist der erste „Ich speichere alles“-Ansatz („Full take“) in der Geheimdienstwelt. Es saugt alle Daten auf, egal worum es geht und welche Rechte dadurch verletzt werden. Dieser Zwischenspeicher macht nachträgliche Überwachung möglich, ihm entgeht kein einziges Bit. Jetzt im Moment kann er den Datenverkehr von drei Tagen speichern, aber das wird noch optimiert. Drei

Tage, das mag vielleicht nicht nach viel klingen, aber es geht eben nicht nur um Verbindungsdaten. „Full take“ heißt, dass der Speicher alles aufnimmt. Wenn Sie ein Datenpaket verschicken und wenn das seinen Weg durch Großbritannien nimmt, werden wir es kriegen. Wenn Sie irgendetwas herunterladen, und der Server steht in Großbritannien, dann werden wir es kriegen. Und wenn die Daten Ihrer kranken Tochter in einem Londoner Call Center verarbeitet werden, dann ... Ach, ich glaube, Sie haben verstanden.

Frage: Kann man dem entgehen?

Snowden: Na ja, wenn man die Wahl hat, sollte man niemals Informationen durch britische Leitungen oder über britische Server schicken. Sogar Selfies (meist mit dem Handy fotografierte Selbstporträts –Red.) der Königin für ihre Bademeister würden mitgeschnitten, wenn es sie gäbe.

Frage: Arbeiten die NSA und ihre Partner mit einer Art Schleppnetz-Methode, um Telefonate, Texte und Daten abzufangen?

Snowden: Ja, aber wie viel sie mitschneiden können, hängt von den Möglichkeiten der jeweiligen Anzapfstellen ab. Es gibt Daten, die für ergiebiger gehalten werden und deshalb häufiger mitgeschnitten werden können. Aber all das ist eher ein Problem bei ausländischen Anzapf-Knotenpunkten, weniger bei US-amerikanischen. Das macht die Überwachung auf eigenem Gebiet so erschreckend. Die Möglichkeiten der NSA sind praktisch grenzenlos – was die Rechenleistung angeht, was den Platz oder die Kühlkapazitäten für die Computer angeht.



Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad in Atomanlage 2008: Schadprogramm von der NSA

ABACA / PICTURE ALLIANCE / DPA

Frage: Die NSA baut ein neues Datenzentrum in Utah. Wozu dient es?

Snowden: Das sind die neuen Massendatenspeicher.

Frage: Für wie lange werden die gesammelten Daten aufbewahrt?

Snowden: Jetzt im Moment ist es noch so, dass im Volltext gesammeltes Material sehr schnell altert, innerhalb von ein paar Tagen, vor allem durch seine gewaltige Masse. Es sei denn, ein Analytiker markiert ein Ziel oder eine bestimmte Kommunikation. In dem Fall wird die Kommunikation bis in alle Ewigkeit gespeichert, eine Berechtigung dafür bekommt man immer. Die Metadaten (*also Verbindungsdaten, die verraten, wer wann mit wem kommuniziert hat* – Red.) altern weniger schnell. Die NSA will, dass wenigstens alle Metadaten für immer gespeichert werden können. Meistens sind die Metadaten wertvoller als der Inhalt der Kommunikation. Denn in den meisten Fällen kann man den Inhalt wiederbesorgen, wenn man die Metadaten hat. Und falls nicht, kann man alle künftige Kommunikation, die zu diesen Metadaten passt und einen interessiert, so markieren, dass sie komplett aufgezeichnet wird. Die Metadaten sagen einem, was man vom breiten Datenstrom tatsächlich haben will.

Frage: Helfen Privatunternehmen der NSA?

Snowden: Ja. Aber es ist schwer, das nachzuweisen. Die Namen der kooperierenden Telekom-Firmen sind die Kronjuwelen der NSA ... Generell kann man sagen, dass man multinationalen Konzernen mit Sitz in den USA nicht trauen sollte, bis sie das Gegenteil bewiesen haben. Das ist bedauerlich, denn diese Unternehmen hätten die Fähigkeiten, den weltweit besten und zuverlässigsten Service zu liefern – wenn sie es denn wollten. Um das zu erleichtern, sollten Bürgerrechtsbewegungen diese Enthüllungen jetzt nutzen, um sie anzutreiben. Die Unternehmen sollten einklagbare Klauseln in ihre Nutzungsbedingungen schreiben, die ihren Kunden garantieren, dass sie nicht ausspioniert werden. Und sie müssen technische Sicherungen einbauen. Wenn man auch nur eine einzige Firma zu so etwas bewegen könnte, würde das die Sicherheit der weltweiten Kommunikation verbessern. Und wenn das nicht zu schaffen ist, sollte man sich überlegen, selbst eine solche Firma zu gründen.

Frage: Gibt es Unternehmen, die sich weigern, mit der NSA zu kooperieren?

Snowden: Ja, aber ich weiß nichts von einer entsprechenden Liste. Es würde je-

doch sicher mehr Firmen dieser Art geben, wenn die kollaborierenden Konzerne von den Kunden abgestraft würden. Das sollte höchste Priorität aller Computernutzer sein, die an die Freiheit der Gedanken glauben.

Frage: Vor welchen Websites sollte man sich hüten, wenn man nicht ins Visier der NSA geraten will?

Snowden: Normalerweise wird man aufgrund etwa des Facebook-Profiles oder der eigenen E-Mails als Zielobjekt markiert. Der einzige Ort, von dem ich persönlich weiß, dass man ohne diese spezifische Markierung zum Ziel werden kann, sind die Foren von Dschihadisten.

Frage: Was passiert, wenn die NSA einen Nutzer im Visier hat?

Snowden: Die Zielperson wird komplett überwacht. Ein Analytiker wird täglich einen Report über das bekommen, was sich im Computersystem der Zielperson geändert hat. Es wird auch ... Pakete jener Daten geben, die die automatischen Analysesysteme nicht verstanden haben, und so weiter. Der Analytiker kann entscheiden, was er tun will – der Computer der Zielperson gehört nicht mehr ihr, er gehört dann quasi der US-Regierung.

JACOB APPELBAUM,
LAURA POITRAS

„Wir sind alle verwundbar“

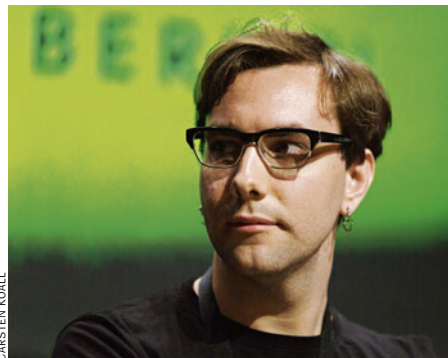
Der US-Aktivist und „Cypherpunk“ Jacob Appelbaum über die Enthüllungen von Edward Snowden – und was sie bedeuten

Vor den Veröffentlichungen von Glenn Greenwald, Laura Poitras und Barton Gellman, in denen sie Edward Snowdens Enthüllungen über die Verstöße gegen Menschenrechte detailliert darlegten, wusste die Öffentlichkeit nur sehr wenig über die dunkle Realität der weltweiten Überwachung.

Einen Vorläufer dessen, was wir gerade erleben, gab es in den USA mit dem Senator Frank Church in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er stieß damals eine intensive Debatte um schweren Machtmissbrauch bei Geheimdiensten und bei der Bundespolizei an. Der Church-Ausschuss untersuchte die Aktivitäten der Central Intelligence Agency (CIA), der National Security Agency (NSA) und des Federal Bureau of Investigation (FBI).

Senator Church warnte damals das amerikanische Volk und die Welt vor der Macht der NSA. Er sagte, diese Be-

hörde würde es einem Diktator ermöglichen, ein System totaler Tyrannei zu errichten, gegen das niemand ankämpfen könnte. Damals war es allerdings noch unvorstellbar, dass einige wenige Staaten mit der Hilfe privater Firmen irgendwann in der Lage sein könnten, gegen



Chiffrier-Experte Appelbaum
„Bestätigung von ganz oben“

alle demokratischen Spielregeln ein Netz annähernd globaler Überwachung aufzubauen. Und das ist eben keine Verschwörungstheorie, sondern ein Geschäftsmodell.

Diejenigen, die das wussten oder die es zumindest ahnten, aber auch diejenigen, die dafür sorgen wollten, dass dieses Thema offen diskutiert wird, wurden in den vergangenen Jahren weitgehend ignoriert oder als Paranoiker bezeichnet.

Aber es gab sie, und es gab sogar zu viele, als dass man sie alle nennen könnte. Gruppen wie die Electronic Frontier Foundation oder die American Civil Liberties Union sind längst nicht allen bekannt. Auch Einzelkämpfer wie Mark Klein, der eine Abhöranlage in einer Einrichtung des Telefonriesen AT&T entdeckt hatte, kennen nur wenige. Die Informationen, die Klein enthüllte, wurden heruntergespielt, dabei waren sie ein wichtiges Beispiel für das umfassende



Bildschirm mit Snowden im Moskauer Flughafen: „Heute zieht beinahe jeder eine Datenspur hinter sich her, die manipuliert werden kann“

Spionageprogramm der NSA. Auch andere Whistleblower, die als NSA-Angestellte Geheimnisse ihrer Behörde offenlegt haben, wie Thomas Drake und William Binney, werden durch die neuen Enthüllungen jetzt bestätigt – allerdings nur indirekt und widerwillig.

Denn die Bestätigung kommt von ganz oben, von Präsident Barack Obama selbst. Er rechtfertigte die Überwachung, indem er alle Menschen als potentielle Gefahrenquellen darstellte, die keinen US-amerikanischen Pass besitzen oder nicht das Glück haben, auf US-amerikanischem Boden zu leben. Eine Bestätigung kommt aber auch ausgerechnet von jenem Justizministerium, das so hart daran arbeitet, amerikanische Whistleblower zu verfolgen.

zige ist, der wegen dieser Folterpraktiken im Gefängnis sitzt. Er wurde inhaftiert, weil er die Wahrheit enthüllt hat, während es scheint, dass nicht ein einziger Agent für seine Beteiligung an diesen Folterprogrammen verurteilt wurde.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen solchen Praktiken und den Überwachungsprogrammen, der nur wegen der absoluten Geheimhaltung dieser Vorgänge verborgen bleibt. Die illegalen, verfassungswidrigen und unmoralischen Handlungsweisen jener beinahe weltweit operierenden Dienste geschehen ja nicht im luftleeren Raum. Genauso wenig, wie sie auf der Basis demokratischer Prinzipien geschehen.

Diejenigen, die keine direkten Verbindungen zur NSA haben, wie beispielswei-

tung lieferte, die damit dann ihre kontrollierten Gesellschaften schufen, ausbauen und absicherten.

Während der Westen also in der Öffentlichkeit die totale Kontrolle über eine Gesellschaft verurteilt, haben wir es geschafft, ein umfassendes Überwachungssystem zu etablieren und zugleich von der Warte der moralischen Überlegenheit aus zu argumentieren. Diese moralische Überlegenheit mag hart erkämpft worden sein, doch nun wird sie zum Gegenstand öffentlichen Spotts, weil die Enthüllungen Edward Snowdens das Ausmaß der Überwachung eines jeden gewöhnlichen Bürgers offenlegen.

Die Massenüberwachung von Mails ruft Bilder von dampfenden Kesseln und von Geheimpolizisten hervor, die über solchen Kesseln unermüdlich Briefe öffnen. Zu Recht oder zu Unrecht hat ein großer Teil der Weltbevölkerung gedacht, solche Zeiten lägen hinter uns. Schließlich haben wir nicht für einen scheinbar allumfassenden Überwachungsstaat gestimmt und würden auch nicht dafür stimmen. Und ganz sicher nicht für einen, der im Geheimen operiert, in dem auch US-Bürger kaum eine Möglichkeit haben, irgendjemanden zur Verantwortung zu ziehen.

Wenn wir über das sogenannte „legale Abhören“ nachdenken, nehmen wir vernünftiger- oder unvernünftigerweise an, dass nur unsere Gerichte befugt wären,

„Verschlüsselungs-Software kann uns helfen, eine Schleppnetzsuche zu verhindern.“

Dieses Justizministerium schreckt nicht davor zurück, die Existenz von Menschen zu bedrohen, die es gewagt haben, geheime Gesetze und die absolute Straflosigkeit für die Ausführenden solcher Gesetze anzuprangern.

Etwa die Existenz von Leuten wie dem ehemaligen CIA-Mann John Kiriakou, der es gewagt hat, das sogenannte Waterboarding aufzudecken, die Foltertechnik des Dienstes – und der heute der Ein-

se ich, wie der WikiLeaks-Gründer Julian Assange und andere aus der Cypherpunk-Bewegung wurden mit der Begründung verleumdet, uns fehle schlicht der Bezug zur Realität. Die angeprangerten Verstöße gehörten, so hieß es, vielleicht in Nordkorea zur Realität, in Burma oder im autoritären, kommunistischen China – aber doch nicht im freien Westen. Selbst wenn dieser freie Westen genau jenen autoritären Regimen die technologische Ausrüs-

eine solche Verletzung der Privatsphäre zu genehmigen und damit ein grundlegendes, verfassungsgeschütztes Menschenrecht einzuschränken. Eine Abhörerlaubnis verlangt ein rechtsstaatliches Verfahren, schließlich sollte jede Form von Kommunikationsüberwachung nicht ohne guten Grund und nur unter rechtlichen Auflagen geschehen. Und wenn es eine solche Überwachung gibt, sollte sie angemessen und ausgewogen sein. Hinter dieser Vorstellung steckt der Glaube, dass das Recht Überwachungsmaßnahmen einschränkt und abwägt. Doch das ist ein Trugschluss, der am besten als ein Vortäuschen von Rechtsstaatlichkeit bezeichnet werden kann.

Die Vorstellung, es sei in der Tat das Recht, das darüber entscheidet, was passiert und wie es passiert, trifft nicht zu; in Wirklichkeit ist es die Technologie, sind es die Hardware und die Codes. Die Dienste wägen auch nicht amerikanische oder europäische Verfassungsgrundsätze ab, bevor sie mit ihrer taktischen oder strategischen Überwachung beginnen,

mit der gezielten Überwachung oder der Informationsgewinnung per Schleppnetz.

Die Erkenntnis, dass für einen Großteil der Welt der gesamte Überwachungskomplex und seine Ergebnisse in der Tat eine neue Realität darstellen, ist Snowden zu verdanken. Und die Zyniker haben eben nicht recht, wenn sie behaupten, dass dagegen nichts getan werden könne. Der Schleppnetzüberwachung kann man auf drei Arten begegnen.

Als Erstes müssen wir uns klarmachen, dass der gegenwärtige Zustand nicht die natürliche Ordnung der Dinge ist. Wir sollten uns fragen, wie wir dazu stehen. Und wir sollten nicht nur im Blick behalten, was nun bestätigt ist, sondern auch das, was in Sachen Überwachung technologisch in naher Zukunft möglich sein wird.

Zweitens müssen wir verstehen, dass es nicht von Menschen gemachte Gesetze sind, welche die Technologie und die Kapazitäten eines technologischen Systems einschränken können, allenfalls Naturgesetze können das. Und es sind mathematische Formeln, die festlegen, was man

mit einem nahezu allumfassenden Zugang zu Informationen anfangen kann. Zugang zu Informationen, die übertragen oder gespeichert wurden ohne den Schutz, den kryptografische Verfahren bieten, ist einfach ein zu einladendes Ziel, als dass irgendjemand widerstehen könnte. Und deshalb widerstehen die Geheimdienste auch nicht, sondern arbeiten in einem beispiellosen Umfang zusammen. Sie handeln mit Daten, die zu sammeln für die beteiligten Behörden in ihren eigenen Ländern illegal wäre, die sie aber als Handelsobjekte den jeweils anderen anbieten können.

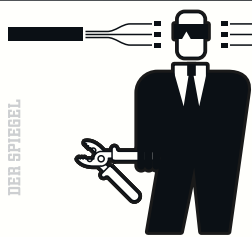
Kryptografie, die Wissenschaft von Verschlüsselung und Informationssicherheit, ist das Feld, auf dem Computersysteme und mathematische Formeln zusammenreffen, wobei Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität einer Information hergestellt werden kann – um die Privatsphäre zu sichern. Verschlüsselungs-Software kann uns helfen, eine effektive Schleppnetzsuche zu verhindern. Sie erlaubt es außerdem, gewisse Formen von Manipulation bei einer zielgerichteten Überwachung zu erkennen. Normalerweise sollte man denken, dass solche Schutzmechanismen längst Teil der Informationsübertragung sind. In Wahrheit sind derartige Übertragungssysteme wegen allzu großer Interessenkonflikte in voller Absicht mit Schwachstellen behaftet.

Die dritte Tatsache ist nur schwer einzugestehen. Wenn es um das „legale Abhören“ geht, sind wir grundsätzlich alle verwundbar. Wenn das FBI mein Telefon abhört oder das von Journalisten der Nachrichtenagentur AP – wie es das Washingtoner Justizministerium vor kurzem veranlasst hat –, dann ist letztlich jeder Bürger verwundbar. Und diese Verwundbarkeit reicht weit über die Grenzen Amerikas hinaus. Diejenigen, die sich an den Protesten in Iran beteiligt haben, wurden überwacht mit Hilfe eines Systems, das ursprünglich für eine legale Überwachung entwickelt worden ist. Es wurde später unter völlig anderen Umständen eingesetzt – unter Umständen, in denen es nicht mal einen Hauch von Respekt vor Menschenrechten gab.

Das ist ein Effekt, der breite soziale, wirtschaftliche und sogar emotionale Folgen hat und den wir gerade erst anfangen zu diskutieren. Wir haben diese Effekte noch nicht einmal richtig begreifen können, weil ihre wahren Ursachen verdunkelt werden durch eine unverständliche Sprache, durch stumpfsinnige technologische Detailversessenheit und natürlich durch die obsessive Geheimniskrämerei der Dienste.

Deshalb ist dieser Mechanismus so schwer zu verstehen: Jedes Mal, wenn etwa die deutsche Regierung hier Kompromisse eingeht, ist die amerikanische

Freund hört mit Methoden zum Abhören von Glasfasernetzen



DER SPIEGEL

Spleißen

Die Glasfasern werden mit der Spleißmaschine getrennt und mit Verbindungssteckern versehen. Dann kann ein Lesegerät zwischengeschaltet werden.

– Die Verbindung muss unterbrochen werden, was Verdacht erregen kann.

Biegekopplung

Das Licht folgt größtenteils der Kurve des Glasfaserkerns. Ein kleiner Teil strahlt aber über die Ummantelung hinaus und kann aufgefangen und ausgewertet werden.

+ Biegekoppler gibt es ganz legal für ein paar hundert Euro im Fachhandel für Fernmeldetechniker.

+ Das Signal ändert sich kaum wahrnehmbar.



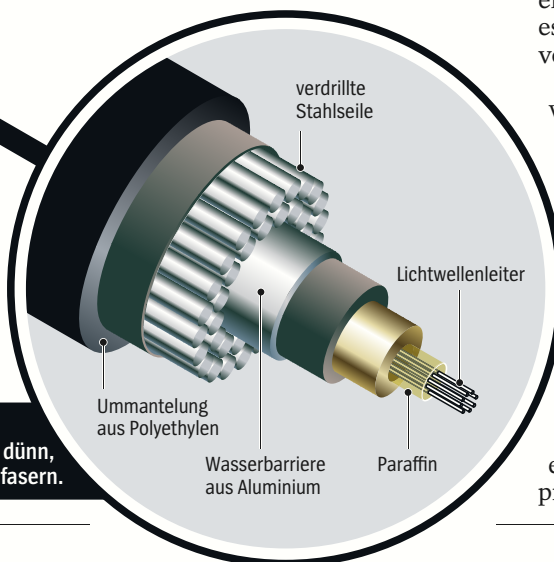
Biegekoppler für einfache Glasfaserkabel

Das vom britischen Geheimdienst abgehörte Kabel zwischen Europa und den USA ist 5 cm dünn, 15 000 Kilometer lang und enthält nur 8 Glasfasern.

ohne Kontakt

Aus jedem Kabel strahlen minimale Lichtmengen, die sogenannte Rayleigh-Streuung. Hochempfindliche Fotodetektoren fangen diese auf und verstärken sie.

+ Der Datenklau ist überhaupt nicht nachweisbar.





Snowden-Unterstützer in Berlin: „Es ist Zeit, ihm politisches Asyl zu gewähren“

NSA in der Lage, den demokratischen Prozess in Deutschland zu unterlaufen. Das haben Snowdens Enthüllungen zum „Boundless Informant“-System gezeigt: Denn in den USA liegen in riesiger Zahl deutsche Verbindungsdaten vor, deren Speicherung hierzulande nicht verfassungsgemäß ist.

Erschwerend wirkt sich dabei aus, dass der deutsche Bundesnachrichtendienst und andere europäische Nachrichtendienste mit der NSA kooperieren. Diejenigen also, deren Aufgabe es eigentlich ist, Deutschland, die Niederlande, Frank-

tionen, die von allen möglichen Geheimdiensten abgefangen werden. Das macht das Schicksal von Joseph Nacchio deutlich.

Als Chef der US-Telekommunikationsfirma Qwest Communications International lehnte er eine Forderung der NSA ab, Kundendaten herauszugeben, das war bereits sieben Monate vor den dunklen Ereignissen vom September 2001 in New York. Ein Gericht verurteilte ihn wegen Insider-Handels. Seine Unterstützer sind überzeugt, dass dies geschah, weil er nicht mit dem Dienst kooperierte.

das Schicksal von Joseph Nacchio und daran, dass die Manager wenig wussten, dass sie möglicherweise keine Berechtigung für den Zugang zu diesem Staatsgeheimnis hatten – oder es ihnen verboten ist, darüber zu reden. Schließlich haben sogar amerikanische Kongressmitglieder eingestanden, dass auch sie im Dunkeln gelassen wurden, obwohl sie Zugang zur höchsten Geheimhaltungsstufe hatten.

In den vergangenen Jahren haben wir mehr und mehr Daten über diese Überwachungsprogramme gesehen. Das verdanken wir Whistleblowern wie dem Soldaten Bradley Manning, dem eine lebenslange Haftstrafe droht, weil er uns die Details schwerer Staatsverbrechen verraten hat – inklusive solcher über die Tötung von Reuters-Mitarbeitern im Irak. Dank Snowden haben wir jetzt ein breiteres Verständnis von der Architektur des sogenannten Sicherheitssystems – und damit eine bessere Grundlage, um die längst überfällige Diskussion über unsere alltägliche Überwachung und deren Folgen zu führen.

Snowden hat schon jetzt viel bewegt. Es ist Zeit für Staaten in aller Welt, ihm politisches Asyl zu gewähren. Und es wäre Zeit für einen neuen Church-Ausschuss, einen internationalen.

„Die Wahrheit wird herauskommen“, sagt Snowden, „man kann sie nicht stoppen.“ ♦

„Wir leben in einem Goldenen Zeitalter der Überwachung.“

reich oder Spanien zu schützen, tauschen Überwachungsinformationen mit denen aus, die außerhalb europäischer Rechtsgrundlagen die Bevölkerung dieser Länder ausspähen.

Wir haben erfahren müssen, dass wir in einem Goldenen Zeitalter der Überwachung leben. Snowden hat Informationen bekanntgemacht, die weit über vorherige Enthüllungen hinausgehen: Der Bauplan des Überwachungssystems, die Partner in diesem System und die Pläne für die Zukunft werden nun öffentlich erkennbar.

Bei diesen Überwachungssystemen geht es nicht einfach nur um Informa-

Nacchio saß bis zum Frühjahr im Gefängnis und ist nun immer noch im offenen Vollzug.

Heute zieht beinahe jeder eine Datenspur hinter sich her, die manipuliert und verdreht werden kann. Firmenvorstände wissen um diese Machtdynamik, und nur wenige wagen es aufzumucken – falls es überhaupt einige wagen und falls es überhaupt welche gibt, die das Spiel durchschauen.

Wenn wir die Dementis lesen, welche die Firmenchefs von Google, Microsoft und Co. nach der Enthüllung des Überwachungsprogramms Prism abgaben, müssen wir immer an beides denken: an